



Dienstag, 14. Dezember 1976

Blatt 292⁴

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Gaswerke bekommen neue Telefonnummer
(rosa) Bürgermeister von Ankara in Wien
Budgetdebatte 1977

Lokal: Fotowettbewerb: "Herbst in Wien" wurde prämiert
(orange) Am letzten Einkaufssamstag: Auch Lebensmittelgeschäfte offen
Streueinsatz wegen Straßenglätte
Stromstörung wegen Überlastung des Netzes
Burgschauspieler spielen im Pflegeheim
Schülerinnen für ältere Menschen
U-Bahn-Ring vor der Technischen Hochschule

Kultur: Fritz Franz Maier zum Gedenken
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 Uhr bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

burgschauspieler spielen im pflegeheim

1 wien, 14.12. (rk) mitglieder des burgtheaterensembles wie johanna m a t z , fritz m u l i a r und helmuth j a n a t s c h werden das programm eines bunten nachmittags bestreiten, der morgen, mittwoch, den 15. dezember, um 14 uhr, im staedtischen pflegeheim in klosterneuburg, martinstrasse 28 - 30, stattfindet. die schauspieler, die sich dafuer kostenlos zur verfuegung gestellt haben, werden im rahmen des heiteren besinnlichen nachmittags gedichte von heinrich waggerl, peter rosegger, trude marzik, anton wildegans, josef eichendorff und josef weinheber zum vortrag bringen. fuer eine musikalische umrahmung der texte ist gleichfalls gesorgt.

initiatorin dieses gastspieles ist mina a l t h , dramaturgin am burgtheater. sinn und zweck dieser aktion ist es vor allem die aelteren buerger in das theaterleben mit einzubeziehen, gewissermassen eine bruecke zu schlagen. (zi)

0945

schuelerinnen fuer aeltere menschen

2 wien, 14.12. (rk) schuelerinnen der hoeheren internatsschule des bundes in wien 3, boerhavegasse 15, wollen zur weihnachtszeit aelteren menschen ein wenig freude bereiten. sie haben deshalb 30 besucher von pensionistenklubs des bezirks fuer donnerstag, den 16. dezember, 15 uhr, zu einer weihnachtlichen jause in die schule eingeladen. bezirksvorsteher jakob b e r g e r begruesste diese initiative der maedchen. die 30 gaeste der schuelerinnen werden vom sozialreferat des bezirks namhaft gemacht. (am)

0947

L o k a l :

=====

fotowettbewerb:

"herbst in wien" wurde praemiiert

5 wien, 14.12. (rk) das novemberbild "herbst in wien", das im rahmen des fotowettbewerbs "wiener fotografieren wien" von herrn h a n s w e i c h s e l b a u m , wien 3, strohgasse 24, "geschossen" wurde, hat die jury als bild des monats praemiiert.

"herbst in wien" traegt dem sieger des fotowettbewerbs fuer november 2.000 schilling ein.

tausende wienerinnen und wiener beteiligten sich bisher am grossen fotowettbewerb, den die stadt wien mit der gesellschaft zur foerderung der fotografie und der zentralsparkasse veranstaltet. auch im naechsten monat gibt es wieder schoene preise. alle eingesandten fotos nehmen an der allgemeinen wertung im juni 1977 teil.

(ka)

1000

am letzten einkaufssamstag: auch lebensmittelgeschaefte offen

4 wien, 14.12. (rk) am letzten einkaufssamstag, am 18. dezember, duerfen auch die "greissler" bis 18 uhr offen halten. dies ist der inhalt einer verordnung des landeshauptmannes von wien, die soeben im landesgesetzblatt fuer wien erschienen ist (27. stueck). in der fuer den landeshauptmann vom amtsfuehrenden stadtrat fuer konsumentenschutz h e i n z n i t t e l unterzeichneten verordnung heisst es: "die verkaufsstellen fuer den kleinverkauf von lebensmittel duerfen am samstag, dem 18. dezember 1976, bis 18 uhr offengehalten werden."

(pr)

0952

L o k a l :

=====

streueinsatz wegen strassenglaette

6 wien, 14.12. (rk) da am montag, dem 13. dezember, die leichten schneefaelle anhielten, waren sowohl in den aussenbezirken wiens als auch auf bruecken und autobahnen waehrend des ganzen tages und in den abendstunden alle verfuegbaren streufahrzeuge im einsatz.

als die zentralanstalt fuer meteorologie und geodynamik glatt-eiswarnung gab, wurden zusaetzlich saemtliche privatfahrzeuge eingesetzt. um 22 uhr und ab 3 uhr frueh wurden nach bedarf alle durchzugs- und nebenstrassen gestreut. es waren 273 streufahrzeuge und 22 schneeladegeraete mit insgesamt 1.114 mann im einsatz. die meisten fahrbahnen waren diensttag frueh bereits aufgetrocknet. (mf)

1002

stromstoerung wegen ueberlastung des netzes

7 wien, 14.12. (rk) gleich zweimal und zwar zwischen 7.47 und 8 uhr und zwischen 8.10 und 8.35 uhr war heute frueh der strassenbahnverkehr im gebiet der wiedner hauptstrasse 5, schleife kaerntner ring, girandipark, durch stromstoerungen unterbrochen.

zu diesen stoerungen kam es durch ueberlastung des stromnetzes - vermutlich durch eine "verkehrsspitze" der in diesem gebiet verkehrenden strassenbahnlinien und dem einsatz aller verfuegbaren elektrischen heizgeraete in den umliegenden wohnungen und bueros. von den stoerungen waren die linien h 2, e 2, g 2 und 62, 65, 66, 167 und die zuege der wiener lokalbahn betroffen. (mf)

1022

k u l t u r :

=====

fritz franz maier zum gedenken

3 wien, 14.12. (rk) auf den 15. dezember faellt der 50. todes-
tag des schiffsbauers fritz franz m a i e r .

fritz franz maier wurde am 18. juli 1844 in znaim geboren.
nach beendigung seiner hochschulstudien in wien erhielt er seine
erste praktische ausbildung auf der schiffswerft tonelle in triest,
dem spaeteren stabilimento tecnico triestino. nach vielen studien-
jahren an amerikanischen, einer budapester und mehreren englischen
und schottischen werften studierte er zwei jahre lang die sibiri-
schen fluesse, um dann die flussregulierung in bosnien und der
herzegowina zu uebernehmen. hier entwarf er die noch heute ver-
wendeten unkenterbaren drinaboote.

maier war aufgefallen, dass gegen ein schwimmendes fahrzeug
treibende aeste untergetaucht und unter dessen boden durchgedrueckt
werden, um beim heck wieder aufzutauchen. daraus folgerte er, dass
die idealform eines schiffskoerpers das wasser nicht zerteilen,
sondern ueber die wellen hingleiten solle. dies konnte dadurch er-
reicht werden, dass man die spanten alle untereinander parallel an-
ordnete. im vorderschiff wurde der dreiecksquerschnitt streng bei-
behalten, gegen die laengenmitte wurden die spanten durch anschluss
waagrecht und senkrecht spantenteile ergaenzt, der grundsatz
der parallelitaet wurde beibehalten. dadurch wurden die abfluss-
wege der wasserteilchen wesentlich kuerzer als bei den normalen
schiffsformen, an deren stelle seit 1927 in staendig hoeherem masse
die "maier-form" tritt.

nach seiner rueckkehr aus den vereinigten staaten hatte maier
als konstrukteur und eigner einer schiffswerft gelegenheit, selbst
schiffe zu bauen. eine kleine dampfjacht fuer 14 knoten warf ueber-
haupt keine bugwelle mehr, sondern nur einen wasserschleier von der
dicke des vorderstevens auf.

trotz sehr guter ergebnisse mit modellen wagte jedoch niemand -
wegen der hohen kosten - ein schiff nach der maier-form zu bauen.
die oesterreichische kriegsmarine baute schliesslich einen tender,
der 1917 fertig wurde, nach seinen plaenen. dieser bewaehrte sich

./.

so gut, dass weitere schiffsbauten beschlossen wurden, doch verhinderte der zerfall der monarchie die ausfuehrung dieses planes.

f. f. maier erfuhr nichts mehr von den erfolgen seiner neuen schiffsbauform. nach verschiedenen guten ergebnissen von modellschleppversuchen fiel er am 15. dezember 1926 einem leuchtgasunfall zum opfer. einen tag spaeter brachte die post nachricht von einem anderen erfolgreichen schleppversuch mit dem modell eines durch maier umgeaenderten entwurfes fuer ein schwesternschiff der beruehmten ''bremen''.

0950

Kommunal:

Debatte: "Kultur, Jugend und Bildung"

=====

Wien, 14.12. (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde zunächst das Kapitel "Kultur, Jugend und Bildung" (Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner) beraten.

GR. Dkfm. Holger Bauer (FPÖ) betonte, daß seine Fraktion die Subventionspolitik des Kulturamtes grundsätzlich nicht ablehne, jedoch mehr Offenheit und klare Richtlinien bei der Vergabe verlange. Vermißt werde vor allem ein entsprechender Verwendungsnachweis, wie er etwa 1973 mit dem Kulturförderungsbericht vorgelegt worden sei. In der Praxis habe sich ein "Subventionsumpf" gebildet, dem nur noch mit der Verabschiedung eines eigenen Kunstförderungsgesetzes begegnet werden könne.

Weiter kritisierte GR. Bauer die Führung des Orchesters der Wiener Symphoniker, die nur männliche Bewerber aufnehmen. GR. Bauer stellte den Antrag, dem Verein der Wiener Symphoniker die Bitte nahezubringen, im Zuge der Chancengleichheit auch weibliche Musiker aus Wien und den Bundesländern in ihr Orchester aufzunehmen.

Beim Budget für Stadt- und Ortsbildpflege habe sich 1977 gegenüber 1975 ein Minus von 5,1 Millionen ergeben. Außerdem sei der Förderungsbeitrag von 55 Millionen nur zu 72 Prozent tatsächlich für die Altstadterhaltung verwendet worden. In Zukunft müsse vermieden werden, daß Gelder aus dem Kulturschilling für andere Zwecke aufgewendet werden. GR. Bauer stellt den Antrag, die Einnahmen aus dem Kulturschilling zur Gänze der Altstadterhaltung zuzuführen. Subventionswerber sollten auf ihre Förderungswürdigkeit untersucht werden. Von einer Subventionierung des internationalen Jet-Sets, wie die 2,2 Millionen zur Revitalisierung des Franziskanerhauses, das dem Surrealistenehepaar Leherb gehört, sei dringend abzuraten.

Die öffentliche Hand habe besonders die Relationen, nach welchen Förderungen gewährt werden, zu beachten. GR. Bauer führte an, daß für die Instandsetzung von sechs sakralen Bauten, unter anderen der Minoritenkirche und der Votivkirche, Subventionen in der gleichen Größenordnung wie für die Erhaltung des Franziskanerhauses genehmigt wurden. (ba)

GR. Dr. Marlies Flemming (ÖVP) nannte Zahlen, die bei den für die Jugendfürsorge Verantwortlichen Besorgnis hervorrufen sollten: '18.000 Jugendliche wurden 1975 in Österreich straf-fällig, 1974 gab es 9.000 Verurteilungen von Jugendlichen, die eine strafbare Handlung begangen hatten, und fast 4.000 Jugendliche wurden wegen eines Verbrechens verurteilt. Wegen eines delinquenten Verhaltens waren in Österreich 1973 5.147 Kinder bis zum 14. Lebensjahr polizeilich registriert, 1975 war diese Zahl auf 5.744 gestiegen.

Als Wienerin sei sie stolz, daß es hier eine Reihe von Fürsorgeeinrichtungen gäbe, die es in den Bundesländern noch nicht gibt, sagte Dr. Flemming. Daß sich gerade in den letzten Jahren in Wien einiges geändert hat, sei sicher auch ein Verdienst ihrer Fraktion. Leider wurden jedoch von der sozialistischen Mehrheit immer wieder Vorschläge abgelehnt, die Jugendfürsorge optimal zu gestalten.

In Wien gab es 1974 14.149 Kinder, bei denen so schwere Erziehungsschwierigkeiten auftraten, daß die Hilfe der Behörden in Anspruch genommen werden mußte. Dem stehe ein Institut für Erziehungshilfe mit zwei Außenstellen gegenüber, das 1974 169 Therapien durchführen konnte.

GR. Dr. Flemming sprach sich für eine Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes aus und zitierte eine diesbezügliche Forderung der prominenten Sozialistin Dr. Elisabeth Schilder. Auch im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer werde auf Beamtenebene eine Novellierung angestrebt.

Rund 1.800 Kinder leben in Heimen der Stadt Wien, 1.500 Kinder in Vertragsheimen - diese Zahlen zeigen, daß die derzeitige Handhabung der offenen Erziehungshilfe nicht effizient genug sei. Sie könne es auch nicht sein, wenn man weiß, daß eine Fürsorgerin in Wien bis zu 100 Jugendliche zu betreuen hat. In diesem Zusammenhang wiederholte die Rednerin ihren Vorschlag, den Einsatz von haupt- und ehrenamtlichen Erziehungshelfern - analog zu den Bewährungshelfern - gesetzlich zu verankern.

Abschließend forderte GR. Dr. Flemming die gesetzliche Verankerung des Rechtes der Jugendlichen und Kinder, gehört zu werden, den Wegfall der Strafanordnung nach § 36 JWG, wonach jeder bestraft wird, der einen Minderjährigen einer behördlich angeordneten Erziehungsmaßnahme entzieht, eine Aufwertung der Tätigkeit der Fürsorgerin und die bessere Ausbildung für Sozialarbeiter (dreijährige Ausbildung statt derzeit zwei Jahre). (we)

GR. Dr. Müller (SPÖ) nahm zu dem Verlangen Stellung, den Kulturschilling zur Gänze für die Altstadterhaltung zu verwenden. Im Budget sind 55 Kulturschilling-Millionen vorgesehen. Davon werden 15 Millionen für die Erhaltung wertvoller kultureller Objekte und andere kulturelle Leistungen verwendet werden, 40 Millionen Schilling sind für die Altstadterhaltung vorgesehen. Das ist ein so hoher Betrag, wie ihn kein anderes Bundesland für den gleichen Zweck ausgibt. Die Erhaltung der vielen Baudenkmäler, die in Wien in so reicher Zahl lebendig geblieben sind, von der Romanik bis zum Karl Marx-Hof, ist ein gegenwartsnaher Auftrag, zu dem sich die Sozialisten bekennen.

Dr. Müller beschäftigte sich dann ausführlich mit Aufgaben und Sinn der Städtischen Büchereien, für die im kommenden Jahr 60 Millionen ausgegeben werden. Insgesamt stehen der Bevölkerung 55 Büchereien zur Verfügung. Von Kritikern wird häufig das Ende des Buchzeitalters prophezeit und verlangt, die elektronischen Medien sollen die Aufgabe des Buches übernehmen. Meinungsforscher wollen auch eine Buchfeindlichkeit der Wiener festgestellt haben. Das ist aber nachweisbar falsch: So ist von 1945 bis 1975 die Zahl der eingeschriebenen Leser von 19.000 auf 93.000 gestiegen. 300.000 Buchentlehnungen im Jahre 1945 stehen 2,130.000 Entlehnungen im Jahre 1975 gegenüber. Das Buch ist die billigste, am leichtesten zugängliche, die verlässlichste Informationsquelle. Das Angebot der Büchereien ist unparteiisch, aber nicht unpolitisch. Die Buchinformation leistet einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung und Bildung. Die sachliche Information, die das Buch bietet, ist entscheidend für die Lebensfähigkeit der Demokratie. Wird also die Zweckmäßigkeit der 60 Millionen angezweifelt, müßte man die Frage stellen: Wie viel ist uns die Demokratie, wieviel ist uns der Mensch wert? (smo)

Die Jugendorganisationen sollen in Relation zu den gemeindeeigenen Jugendzentren besser gefördert werden, forderte GR. Prochaska

(ÖVP). Nach Ansicht der ÖVP soll die behördliche Jugendarbeit weitgehend unterstützen, und es gibt auch gute Beispiele dafür, wie das Ferienspiel und den Ferienclub. Prochaska kritisierte die zögernde Haltung bei der Errichtung eines Landesjugendbeirates. Auch hier schlägt die nicht ausreichende Anerkennung der Arbeit der Jugendorganisationen durch. Prochaska ging abschließend noch auf die Arena ein. Er habe gehört, daß der Inlandsschlachthof, entgegen den Beteuerungen der Frau Vizebürgermeister, doch industriell verwertet werden soll. Es stellt sich die Frage, wie ernst das Kulturressort im Spiel der Rathausmächtigen genommen wird. (sei)

Maßnahmen und Leistungen der Stadt Wien auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit wurden von GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) erörtert. Ein Schwerpunkt liege im Ausbau der Rechtssicherheit des Unterhaltsrechtes und auf der Information der Mütter unehe-licher Kinder über die Vormundschaftsübernahme.

Seit Inkrafttreten der Gewährleistung von Unterhaltsvor-schüssen ab 1. November seien bereits 3.000 derartige Anträge ge-stellt worden.

Über die finanzielle Hilfestellung hinaus werde vor allem die Beratungstätigkeit der Jugendämter intensiviert und werden die Modellversuche der Wohnungsgemeinschaften für Kinderbetreuung weitergeführt. Im letzten Jahr seien für diese Versuche in zahl-reichen Heimen Umbauten vorgenommen worden.

Als positiver Beitrag der Kindervorsorge seien die erstmalig in Tribuswinkel durchgeführten Lernferien für Volksschüler zu er-wähnen. Für den kommenden Sommer sei ein Turnus für schwerbehinderte Kinder geplant.

Bezüglich der Kindertagesheime stehe die Stadt Wien ihrem Ziel, allen Kindern einen Platz zu sichern, bereits sehr nahe. 1977 werden 28.500 Kindergartenplätze zur Verfügung stehen, die Einrich-tung der Sonderkindergärten werde weiter ausgebaut. Das Sinken der Schülerzahlen habe zu einer effizienteren Durchführung und Ver-besserung der Schulversuche geführt, wobei sich der Versuch "Ganz-tagsschule" besonders bewährt habe. Der von der ÖVP erhobene Vorwurf der "Gleichmacherei" sei eine positive Forderung der SPÖ, sofern es sich um gleiche Lernchancen und gleiche Bedingungen für die Persönlichkeitsbildung des Kindes handle. Als besonders bedeutend

hob GR. Gertrude Stiehl die Mitbeteiligung und Vorfinanzierung der Stadt Wien beim Bau eines Schulzentrums des Bundes im 22. Bezirk hervor. Der Raummangel an den AHS sei dank der Initiative der SPÖ fast gänzlich beseitigt worden. Das Schwerpunktprogramm der Jugendzentren, die heute nach dem Prinzip der offenen Jugendbetreuung geführt werden, läge in der intensiven Ausbildung der Jugendbetreuer und in der Erweiterung der Service- und Hilfeleistungen für Kreativitätsförderung der Jugendlichen. Von seiten der Stadt Wien werde auch im kommenden Jahr alles getan, um den Jugendlichen und den für sie Verantwortlichen Hilfe anzubieten, die nötige Information zu leisten und die Stadt für Kinder und Jugendliche schöner und liebenswerter zu gestalten. (ba)

Prof. Bittner (ÖVP) stellte fest, daß im Kulturbudget die Subventionen mit 70 Millionen die größte Steigerung erfahren hätten. Es sei nicht immer klar ersichtlich, wohin diese Gelder fließen, weshalb eine bessere Untergliederung der Subventionen notwendig erscheine.

Die Unterstützung Wiens seitens des Bundes sei auf dem Kultursektor mehr als gering. Seit 1970, seit dem letzten ÖVP-Kulturminister Mock, müsse von einer Periode der trockenen Jahre gesprochen werden. Die Unterstützung der Wiener Symphoniker sei so schlecht, daß dieser weltberühmte Klangkörper zum Teil von Krediten leben müsse. Die Wiener Festwochen hätten vom Bund seit Jahren den gleichen Betrag erhalten.

Beim Kulturschilling hätten sich die Voraussetzungen grundlegend geändert. Nun bestehe der erforderliche Apparat zur Erfassung der erhaltenswürdigen Objekte im Sinne der Altstadterhaltung, der Kulturschilling bringe jedoch nicht genug ein, um alle Vorhaben durchführen zu können.

Als einziges Bundesland fördere Wien nicht die konfessionelle Erwachsenenbildung, auch die Förderung der Hochschulen sei dürftig genug. Die Jugendzentren sollten sich nicht nur um die gefährdeten Jugendlichen kümmern, sondern sich auch der engagierten jungen Menschen annehmen.

Der für Pflichtschulbauten eingesetzte Betrag von 228 Millionen bewiese, daß die Stadterweiterung ein kostspieliges Unternehmen sei, sagte Prof. Bittner.

Alle Neubauten seien in den neuen Siedlungsgebieten situiert. Nach der Vorschau werden diese Baukosten auf 37 Millionen zurückgehen, statt dessen sollten die Berufsschulen mehr gefördert werden. Für Schüleressen in Ganztagschulen sei eine Steigerung von 3,4 Millionen im Jahr 1975 auf 6,1 Millionen festzustellen. Die Zahl der Ganztagschulen habe sich jedoch nur um eine von sechs auf sieben erhöht. Wieso also diese unverhältnismäßig große Erhöhung?

Seine Fraktion werde dem Voranschlag aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen, schloß GR. Prof. Bittner. Diese Differenzen betreffen den Kulturschilling, der ausnahmslos der Altstadt-erhaltung zugeführt werden müsse und weil sich die Stadtverwaltung nicht dagegen zur Wehr setze, daß sie vom Bund auf dem kulturellen Sektor so wenig bekomme. (we)

GR. Prof. Zörner (ÖVP) berichtete über eine Lehrerbefragung im Schulversuchszentrum II Graz, wo 95 Prozent der Befragten der integrierten Gesamtschule gegenüber einer Unterstufe der AHS den Vorzug gaben. Dieselben Lehrer beantworteten jedoch die Frage, in welche Schule sie ihre eigenen Kinder lieber schicken würden, mit 65 bis 70 Prozent damit, daß sie die AHS vorziehen würden. Ein solches Ergebnis muß sehr nachdenklich stimmen. Wenn immer wieder von Chancengleichheit geredet wird, muß man diesen Grundsatz auch durchhalten und nicht ankündigen, daß man in der nächsten Zeit nur Männer für den Lehrberuf anstellen werde. Der Redner kritisierte dann den Sparerlaß des Unterrichtsministeriums. Derzeit gäbe es bereits an den AHS in Wien 212 Klassen, in denen die Schülerhöchstzahl von 36 überschritten wird. Vor drei Jahren gab es nur 131 solche Klassen. Ähnliche Einsparungen werden auch für die Pflichtschulen geplant. (smv)

GR. Hanke (SPÖ) kritisierte die Auswahl von Zahlen durch einige Oppositionsredner. Die Zahl von 14.149 gefährdeten Kindern in Wien wäre wirklich sehr hoch. Darunter fallen allerdings alle Besuche von Eltern im Jugendamt und daher steckt in diesen Zahlen ein Gutteil echter Hilfe, die gegeben werden konnte. Die angegebenen "nur" 169 Therapiefälle beziehen sich bloß auf ein Institut. Die Arbeit anderer Institute fiel unter den Tisch. Um Jugendorganisationen fördern zu können, müssen diese auch Aktionen setzen. Organisationen, die in der Öffentlichkeit nicht existent sind, können über mangelnde Förderung nicht klagen, erklärte Hanke abschließend.

Nach Gemeinderat Gertrude Stiehl (SPÖ), die sich zum zweitenmal zu Wort meldet, gibt es in Wien keinen Lehrerstop. So wurden in diesem Schuljahr 1.271 neue Lehrer angestellt. Allerdings macht sich in den Volksschulen der Geburtenrückgang bemerkbar. Die SPÖ ist gegen einen Numerus Clausus, tritt aber für eine regelmäßige Beratung der Studierenden über die Anstellungschancen ein.

Die Ausgaben für Jugend, Kultur und Bildung steigen 1977 in einigen Bereichen beträchtlich, erklärte Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ). Die Büchereien haben um 33 Prozent mehr zur Verfügung, die MA 7 um 20 Prozent, die außerschulische Jugendarbeit um 47 Prozent, die Kindertagesheime um 17 Prozent, die Berufsschulen um 21 Prozent. Sandner ging dann auf die Debattenbeiträge ein.

Die Sozialarbeit kommt den wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerung nach mehr Dienstleistungen nach. Der Schwerpunkt verlagert sich auf die prophylaktische und ambulatorische Behandlung. Wien ist auf diesem Gebiet in Österreich führend. So entfallen 72 Prozent der Erziehungsberatungen in Österreich auf Wien, und 85 Prozent der Kinderkrippenplätze gibt es in Wien. Die Abgabe der Amtsvormundschaften an die Mütter erfolgt in Wien am raschesten.

Der Inlandsschlachthof in St. Marx steht vorerst für drei Jahre zur Verfügung. In diesen drei Jahren kann der Beweis geführt werden, ob die Ideen auch in der Wirklichkeit durchführbar sind. Nach drei Jahren Praxis wird man weitersehen.

Zum Theatersterben in Wien erklärte Sandner, daß seit 1974 in Wien das English Theatre, das Theater im Künstlerhaus, die Freie Bühne Wieden und der Simpl neu gegründet wurden. An diesen Neugründungen ist der Bund zu 50 Prozent beteiligt.

Bei der Vergabe von Subventionen herrscht Transparenz. Jede Subventionspost wird im Ausschuß mit allen Unterlagen vorgelegt.

Die Revitalisierung des Hauses am Franziskanerplatz benötigt zwölf Millionen Schilling. Davon trägt zehn Millionen Herr Leherb und zwei Millionen die Stadt Wien. Der Beitrag der Stadt Wien darf nur für rein denkmalpflegerische Arbeiten verwendet werden und muß dann zurückgegeben werden, wenn das Haus innerhalb von zehn Jahren verkauft wird.

Sandner sprach sich auch dafür aus, daß die Wiener Symphoniker weibliche Orchestermitglieder aufnehmen. Es sei zu bedenken, daß eine lange Tradition überwunden werden muß und daß es ständiger Bemühungen bedürfen wird. (sei)

Debatte "Stadtplanung"

Anschließend wurde das Kapitel Stadtplanung (Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Wurzer) beraten.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, daß man der Stadtplanung in den letzten Jahren zwar nicht den Vorwurf der Untätigkeit machen könne, es gebe aber nur wenig brauchbare Ergebnisse. Immer wieder überholten die Bauarbeiten die Planung. Es sei zu zahlreichen Fehlentwicklungen und Entscheidungsrückständen gekommen.

In der Frage des Teichs vor der Karlskirche habe man nun keine salomonische Lösung, sondern eine "Krampfösung" gefunden. Dr. Hirnschall gab der Meinung Ausdruck, daß man auf den Teich ruhig hätte verzichten können. Die eigentliche Katastrophe bei der Karlsplatz-Planung sei jedoch der "Buckel" entlang der U-Bahn-Trasse, der eine durch keine Kosmetik zu beseitigende Barriere darstelle.

Bei der Planung der U-Bahn-Aufgänge auf dem Stephansplatz habe man jahrelang nicht überlegt, wo der Ausgang in Richtung Rotenturmstraße sinnvoll situiert werden könnte. Möglichkeiten, in geeignete Räumlichkeiten zu gelangen, seien "verschlafen" worden. Dr. Hirnschall kritisierte, daß in diesem Fall offensichtlich niemals Enteignungsmöglichkeiten erwogen worden seien. Die Errichtung eines Aufganges gegenüber dem Riesentor lehne die FPÖ ab.

Für die zukünftige Gestaltung des Grabens sehe er die Gefahr der Errichtung von zwei winterfesten, pavillonartigen Restaurants, welche eine Beeinträchtigung dieses Platzes bedeuten würden. Dr. Hirnschall stellte die Frage, ob es in dieser Angelegenheit bereits Gespräche oder Zusagen gegeben habe, da ähnliche Vorschläge von mehreren Architektengruppen gemacht worden seien.

Dr. Hirnschall forderte, daß dem Gemeinderat anhand eines Modells Gelegenheit zur Stellungnahme zum geplanten Neubau des Amtsgebäudes auf dem Ballhausplatz gegeben werde. Eine solche Vorgangsweise sollte auch im Zusammenhang mit der Verbauung des Forum-Grundstückes eingeschlagen werden. Dr. Hirnschall erinnerte daran, daß die FPÖ als einzige Fraktion vor vier Jahren den Abbruch des Forum-Kinos abgelehnt habe. Die Errichtung großer Bürohäuser im Stadtzentrum sei grundsätzlich problematisch. Dr. Hirnschall regte an, Bürogebäude im 22. Bezirk entlang der U-Bahn-Trasse zu errichten.

Bei der Erarbeitung eines Konzepts für den Massenverkehr gebe es einen Entscheidungsrückstand. Dr. Hirnschall deponierte den Wunsch, daß die S-Bahn einen integrierenden Bestandteil dieses Konzepts bilde, wobei die Münchner Lösung des Zusammenwirkens von U-Bahn und S-Bahn als Vorbild dienen könnte.

Dr. Hirnschall forderte eine Entscheidung darüber, welche Hochleistungsstraßen gebaut beziehungsweise auf welche verzichtet werden soll. Die Hereinführung der Westautobahn durch das Wiental, die Gürtelautobahn und die A 5 sollten ad acta gelegt werden. Dr. Hirnschall bedauerte die mangelnde Zusammenarbeit mit den angrenzenden niederösterreichischen Gemeinden auf den Gebieten des Verkehrs, der Industrie, der Erholung und des Umweltschutzes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Wurzer als anerkannter Fachmann Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und durchsetzen werde. (ger)

In der Geschäftsgruppe Stadtplanung steche ein Budgetposten hervor: 28,8 Millionen Schilling Sondererfordernisse für Stadtstrukturplanung und für Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, stellte GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) fest. Der Schwerpunkt dieser Geschäftsgruppe liege nicht beim Finanziellen, sondern bei den Ergebnissen von Denkprozessen für die zukünftige Entwicklung Wiens.

Für die wissenschaftliche und planende Arbeit für die Bundeshauptstadt sei ein neues Organisationskonzept notwendig. Die ÖVP halte eine gesicherte Finanzierung der bestehenden und bewährten Institute ebenso für erforderlich wie eine kontinuierliche Forschungsarbeit. Neue Wege müßten gegenüber den Hochschulinstituten eingeschlagen werden. Wertvolle Arbeiten von Architekten und Ziviltechnikern verschwinden entweder in Schubladen oder werden in veränderter Weise veröffentlicht.

Die Entscheidung für die zukünftige Gestaltung Wiens liege aber nicht in den Budgetansätzen der Stadtplanung, sondern bei den politischen Entscheidungsträgern. Die ÖVP verlange seit Jahren eine verstärkte Einbeziehung der Bevölkerung in Planungsprozesse, ganz allmählich faßte dieser Gedanke auch in der Mehrheitsfraktion Fuß: hervorragendstes Beispiel sei die Information im Assanierungsgebiet Ottakring.

Er habe einmal bei einer Diskussion darauf hingewiesen, sagte GR. Dr. Mayr, daß das offizielle Leitbild der Stadtplanung "Wien an der Donau" im Widerspruch zur tatsächlichen Entwicklung stehe, nämlich einer Wanderbewegung der Bevölkerung entlang des attraktiven und klimatisch günstigen Wienerwaldes. Auf diesen Widerspruch habe auch Prof. Wurzer in einem 1965 erschienen Artikel hingewiesen.

Den Vorrang der Stadterneuerung vor der Stadterweiterung illustrierte der Redner durch folgendes Beispiel: Aus der Kostenübersicht über das städtische Wohnbauvorhaben 21, Mitterhofergasse, gehe hervor, daß von der Gesamtsumme von rund einer Milliarde Schilling zirka 60 Prozent auf den Wohnbau und 40 Prozent auf die Infrastruktur entfallen. Prof. Wurzer, der sich in letzter Zeit vorwiegend mit der Stadterneuerung befaßt hat, werde auch entscheiden müssen, ob er das drohende Ausufern der Stadt akzeptieren wird.

Nach wie vor fehle die flächige Anwendung des Städterneuerungsgesetzes. In diesem Gesetz sei auch die Frage der Finanzierung neben der sozialen Betreuung der Betroffenen in unbefriedigender Weise gelöst. Auch dazu zitierte Dr. Mayr Passagen aus dem Artikel "Hauptprobleme der Stadtkerngestaltung" von Prof. Wurzer.

Aufgabe der Stadtplanung sei es auch, für die Wiener Wirtschaft Betriebsstandorte widmungsgemäß sicherzustellen und gleichzeitig neue Betriebsstandorte zu vertretbaren Konditionen zu schaffen.

Von Rednern der ÖVP sei jahrelang ein Generalverkehrsplan verlangt worden, der nun von Stadtrat Nekula für 1978 angekündigt worden sei. Der Schwerpunkt für die Verantwortung für einen Generalverkehrsplan liege jedoch bei der Stadtplanung. Ohne Zweifel werde die Fertigstellung von Teilen des U-Bahn-Grundnetzes Verbesserungen im Straßenverkehr bringen, bedauerlich sei jedoch,

daß der zweite Balken des U-Bahn-Kreuzes - nämlich die U 3 - stocke. Drei Schnellbahnringe - wie sie von der ÖVP vorgeschlagen wurden - würden wesentliche Verbesserungen bringen.

Abschließend wiederholte GR. Dr. Mayr seine Forderung nach Schließung des Wald- und Wiesengürtels vom Westen über den Wienerberg zum Prater und im Norden von der Lobau zum Bisamberg. Da die Vorstellungen von Prof. Wurzer in zahlreichen Punkten von den bisherigen Vorstellungen der Stadtplanung abweichen, werde die Zukunft zeigen, ob der Stadtrat Wurzer das durchzusetzen vermag, was der Professor als richtig beurteilt hat. (we)

GR. Hermina Fiala (SPÖ) berichtete, daß auf Grund der Ergebnisse der Stadtentwicklungs-Enquete an einem Stadtentwicklungsplan gearbeitet wird, der bis 1978 fertiggestellt und zur öffentlichen Diskussion gestellt werden soll. Nachdem es gelungen ist, die Quantität an Wohnraum im wesentlichen zu sichern, tritt nun immer mehr die Forderung nach mehr Wohnqualität in den Vordergrund. Zwischen den modernen Wohnungen am Stadtrand und den veralteten Wohnvierteln im dichtverbauten Gebiet wächst die Diskrepanz. Der Stadterneuerung kommt daher immer mehr Bedeutung zu. Die Assanierungsabsichten werden aber leider wegen eines unzureichenden Gesetzes nicht sehr wirksam, aber gute Ansätze gibt es. Die Mitbestimmungswünsche der Bevölkerung bei Planungsabsichten werden immer stärker spürbar, sie wurden beim Assanierungsvorhaben Ottakring vorbildlich berücksichtigt. Auch den Bezirksvertretungen wurde mehr Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt. Die Rednerin beschäftigte sich dann ausführlich mit den Planungen für Freizeit- und Erholungsräume. Ein Radwegkonzept wurde bereits vorgelegt, die generelle Planung für die westlichen Bezirke ist abgeschlossen. Daneben werden lokale Radrundkurse für Kinder und Jugendliche geplant, die im Winter als Skiloipen benützt werden können. Einen Kurs gibt es bereits in Wien-Penzing. Immer größer wird das Bedürfnis nach Kommunikationsräumen ohne Lärm. Dem entspricht das sogenannte Spielstraßenkonzept. In allen Bezirken werden derartige Möglichkeiten untersucht. Eine Reihe von verkehrsarmen Zonen bzw. Fußgängerzonen wurde bereits verwirklicht. Eine Umfrage ergab, daß sie nur 6 Prozent der Befragten negativ beurteilten. An dreißig weiteren Projekten wird derzeit gearbeitet. Bezüglich Grünflächen- und Landschafts-

planung wird von der Gemeinderätlichen Planungskommission die Schließung des Wald- und Wiesengürtels als wichtig angesehen. Diese einzigartige Grünzone hat neben vielfältigem Erholungswert auch große klimatische Bedeutung. Es besteht die Absicht, den Wald- und Wiesengürtel von derzeit 6.250 Hektar auf 13.750 Hektar auszudehnen. Im Vergleich zu anderen Großstädten ist Wien gut mit Grünflächen versorgt. An öffentlichen Parkanlagen entfallen auf jeden Bewohner 13 Quadratmeter, zählt man noch Wald, Felder, Weingärten dazu, kommen auf jeden Wiener 62 Quadratmeter. Der Luftreinhaltung, dem Lärmschutz und der Gewässerreinigung wird große Bedeutung zugemessen. Das entspricht den Wünschen der Bevölkerung, wie eine Untersuchung ergab, nach der 34 Prozent für Luftreinhaltung, 24 Prozent für Lärmschutz und 10 Prozent für Gewässerschutz eintraten. Im vergangenen Jahr wurde 600 Lärmbeschwerden nachgegangen, sie konnten fast alle bereinigt werden. (smo)

GR. Dr. Krasser (ÖVP) warnte vor einem Übertreiben bei der Errichtung von Fußgängerzonen. Eine genaue Bestandsaufnahme über die Notwendigkeit muß vorher durchgeführt werden.

Krasser begrüßte die derzeit durchgeführte Ausstellung über die Gestaltung des Grabens und des Kohlmarktes. Bei der Gestaltung der Kärntner Straße fehlte ein Ideenwettbewerb, die Bezirksvertretung konnte nicht mitarbeiten. Der Brunnen in der Kärntner Straße ist in seiner Form und vom Material her eine Fehlentscheidung und man sollte das endlich zugeben. Bei den Gestaltungsvorschlägen Neuer Markt müßte die Zufahrtsfrage zu den beiden Hotels gelöst werden. (sei)

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) wandte sich dagegen, daß einzelne Mandatare Detailvorschläge für Gestaltungsfragen machen. Dies sei Aufgabe der Architekten und Fachleute. Die Entscheidung müßten dann die Politiker treffen. Ing. Nedwed erinnerte an die anfänglichen Widerstände gegen die Schaffung einer Fußgängerzone. Heute sei die Fußgängerzone allgemein anerkannt und erfolgreich.

Die Voraussetzungen für die Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes seien geschaffen worden.

Die SPÖ habe stets die Bürgerbeteiligung in den Vordergrund gestellt, im Rahmen der Bauordnung werden dafür neue Möglichkeiten eröffnet. Der Stadtentwicklungsplan müsse flexibel sein und eine Anpassung an sich ändernde Voraussetzungen ermöglichen.

Die Wiederaufbau-Enquete nach dem 2. Weltkrieg, das städtebauliche Grundkonzept unter Professor Rainer, die Beschlüsse über den U-Bahn-Bau seien Marksteine der Wiener Stadtplanung. 1969 wurde ein eigenes Planungsressort geschaffen, das mit der Erarbeitung der Voraussetzungen für den Stadtentwicklungsplan begonnen habe. Ing. Nedwed betonte, daß Stadtplanung Gesellschaftspolitik sei, Ausgangspunkt für soziologische Veränderungen. Auch das Verkehrskonzept müsse flexibel sein. Der Verkehr dürfe nicht isoliert von der städtebaulichen Entwicklung gesehen werden. Der Bevölkerung müsse ein differenziertes Wohn- und Arbeitsplatzangebot zur Verfügung gestellt werden. Durch die Österreichische Raumordnungskonferenz seien wertvolle Grundlagen für den Einbau der Stadtplanung in die Regionalplanung geschaffen worden.

Ing. Nedwed sprach sich für eine sinnvolle Aufteilung des Straßenraumes mit Vorrang für den öffentlichen Verkehr aus. Die SPÖ sei für den Ausbau der S-Bahn, schon die Schaffung der ersten Wiener S-Bahn-Linie sei von der SPÖ gegen den Widerstand des damaligen ÖVP-Finanzministers durchgesetzt worden. Kurzfristig müsse jetzt vor allem das U-Bahn-Netz fertiggestellt werden. Die S-Bahn sei im Zusammenhang mit dem Verkehrsverbund zu sehen. Die Vorstellungen des niederösterreichischen Finanzreferenten von einer nur vierprozentigen Beteiligung seien unrealistisch.

Ing. Nedwed sprach sich für die Durchführung von Sofortmaßnahmen mit den Mitteln der Straßenverkehrsordnung aus. So könnten Beschleunigungs- und Ordnungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die Kurzparkzonen hätten sich als Ordnungsmaßnahmen bewährt, die ÖVP sei ursprünglich dagegen gewesen.

Mit der Stadterneuerung sei schon begonnen worden bevor dieser Begriff überhaupt noch gebräuchlich war. Im Prozeß der Stadterneuerung komme den Eigentümern eine bedeutende Rolle zu, da angestrebt werde, so weit wie möglich ohne Enteignungsmaßnahmen das Auslangen zu finden. Neben der Stadterneuerung sei allerdings auch das Bauen in Außenbezirken weiterhin notwendig. Ing. Nedwed unterstrich die bedeutenden Leistungen der heutigen Architektengeneration in Wien. (ger)

Zu den Beiträgen der Debattenredner nahm abschließend Stadtrat Prof. Wurzer (SPÖ) Stellung:

Gestaltung des Grabens: Noch keinerlei Zusagen (hinsichtlich der Schaffung von Sommerrestaurants) gegeben. Einfache, natürliche Lösung bevorzugt.

Amtshaus Minoritenplatz: Vorschlag, ein Modell dem Gemeinderat zur Begutachtung zur Verfügung zu stellen, wird angenommen.

Mangelnde Zusammenarbeit zwischen Wien und NÖ: Mit Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig wurde Kontakt aufgenommen, Institutionalisierung der Zusammenarbeit angestrebt, etwa im Rahmen eines Planungsverbandes.

Vorrang für die Stadterneuerung: Untersuchungen laufen, Bezirksvorschläge werden geprüft, Analysen in den bisherigen Assanierungsgebieten durchgeführt.

Fußgängerzonen: Müssen stets Teil eines Gesamtkonzeptes sein, dieses Kapitel wird im Verkehrskonzept besondere Bedeutung haben.

Neuer Markt: Zwei Koordinierungsgespräche haben bereits stattgefunden.

Stadtentwicklungsplan: Vorarbeiten sind soweit, daß ab Jänner mit der Ausarbeitung begonnen werden kann. Danach können konkrete Einzelentscheidungen (Verkehr, Assanierungsgebiete, Grünzonen etc.) getroffen werden. Pläne der Bezirke müssen sich am Stadtentwicklungsplan orientieren, umgekehrt wird dieser Plan auch spezielle Probleme kleiner Räume berücksichtigen. Je besser die Bevölkerung über das grundsätzliche Entwicklungskonzept informiert werde, umso leichter lassen sich zukunftsorientierte Planungen realisieren. (we)

Debatte: "Gesundheit und Soziales"

Als nächstes wurde die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales (Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher) behandelt.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte zunächst die zu geringe Auslastung der Schulzahnkliniken und beschäftigte sich dann ausführlich mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Seit dem im schweizerischen Gutachten festgestellten Baudebakel haben alle Beteiligten ihre Unschuld beteuert, und jetzt wird bereits von den Folgekosten und neuerlich von Umplanungen gesprochen. Nach wie vor herrsche aber keine Klarheit über den Weiterbau, die Fertigstellung und die Finanzierung. Der Bürgermeister hat zwar den Finanzstadtrat und den Gesundheitsstadtrat beauftragt, dem Stadtsenat einen Bericht über die AKH-Situation vorzulegen, aber in erster Linie muß der Gemeinderat informiert werden. GR. Krenn brachte den Antrag ein, daß dem Gemeinderat ehestens ein derartiger Bericht vorgelegt wird.

Weiter kritisierte der Redner den schleppenden Fortschritt bei der Errichtung des Sozialmedizinischen Zentrums Ost in Anbetracht eines für 1985 errechneten Bettenmankos von 8.000. Der Baubeginn wurde groß angekündigt, feierlich wurde 1975 der Grundstein gelegt, aber heuer wurden von den vorgesehenen 65 Millionen nur zehn verbaut. Mit der Grundfreimachung und mit den Baumeisterarbeiten hatte es nicht geklappt. Das kann man kaum mehr als Laxheit und Schlamperei bezeichnen, sondern fast schon als Unfähigkeit.

In einem Antrag wird daher verlangt, den betreffenden Budgetansatz von 286 auf 336 Millionen zu erhöhen, um die rascheste Fertigstellung zu ermöglichen.

Ähnlich ist die Situation beim Heim für betagte Menschen Süd, dessen Fertigstellung für 1978 angekündigt worden war. Nun wird umgeplant, zehn Millionen an Vorbereitungskosten sind zum größten Teil verloren. Nicht zumutbar ist schließlich die Kürzung der Baurate 1977 für den Pavillon II im Pflegeheim Baumgarten. In einem Antrag wird verlangt: Erhöhung der Ausgabenpost für das Pflegeheim Süd und das Pflegeheim Baumgarten von 55 auf 114 Millionen.

Zur Reform des Spitalswesens meinte der Redner, daß vernünftige Einsparungen und Rationalisierungen nach Möglichkeit auszuschöpfen sind, neue Belastungen der Bevölkerung durch eine Spitalssteuer

oder durch Steuerzuschläge sind abzulehnen. Durch eine sozial gestaffelte Kostenbeteiligung könnten die Finanzierungsschwierigkeiten überwunden werden. (smo)

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) trat für eine gesellschaftliche Aufwertung der Schwestern in den Pflegeheimen ein. Die Verwendung von ungeschulten Personen, wie Zivildienstler, für Pflegedienste ist mit einer Aufwertung nicht vereinbar. Nach Härtel sollten die Präsenzdiener nur in Männerpavillons Dienst verrichten.

Härtel kritisierte die generelle Kürzung der für Pflegeheime zur Verfügung stehenden Mittel im Finanz- und Investitionsplan. Die Verkleinerung der Krankensäle, ein Versprechen von Bundesminister Leodolter, wurde nicht erfüllt.

Dagegen werden für das Männerheim Meldemannstraße seit Jahren Millionen zur Verfügung gestellt. Geldunterstützungen allein sind aber sinnlos, wenn nicht für eine entsprechende Beschäftigung gesorgt wird.

Abschließend trat Härtel für mehr Mitsprachemöglichkeiten von älteren Menschen ein.

Die Ausgaben des Gesundheitsamtes steigen im kommenden Jahr um 16,7 Prozent, die Einnahmen liegen um zehn Prozent darunter, der Abgang steige von sechs Millionen Schilling auf 8,5 Millionen Schilling, erklärte GR. Traindl (ÖVP). Hinter diesen Zahlen verbergen sich die großen Serviceleistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, so die Vorsorgemedizin, die Gesundenuntersuchung, Schwangeren- und Mutterberatung und schulärztliche Untersuchung. Dennoch sei der Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen nicht besser geworden. Zum Gesundheitswesen gehörten auch hygienische Fragen, Umweltschutz, Freiräume, menschengerechtes Bauen und andere Faktoren. Die Ursachen für spätere Schäden müßten beachtet werden. Mit zunehmendem Alter seien Schäden immer schwerer zu korrigieren. Haltungsschäden und psychische Schäden bei den Schulneulingen nehmen ständig zu. Haltungsschäden wurden vor 20 Jahren bei 8,1 Prozent, vor zehn Jahren bei 17 Prozent und heute bei 50 Prozent der Schulneulinge festgestellt. Von 12.000 Schulneulingen weisen 1.000 Schäden des vegetativen Nervensystems auf. 13 Prozent der Schulneulinge haben Sprachfehler.

15 Prozent der Stellungspflichtigen sind untauglich, nur 3 Prozent sind vollkommen gesund.

Trotz wesentlicher Investitionen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sei also das Recht auf Gesundheit vielfach Papier geblieben. Der materielle Einsatz genüge nicht, die Gesundheitsvorsorge sei in erster Linie eine Frage der persönlichen Lebensführung. Eine umfassende Aufklärungskampagne sei deshalb nötig. Bisher habe man die Jugend in dem Glauben gelassen, daß ihr die Stadtverwaltung von amtswegen die Sorge um ihre Gesundheit abnehme. Ein Aufruf an die Eltern sei notwendig. Die Zeitschrift "Gute Besserung" habe bereits einen Anfang gemacht. Die Zusammenarbeit von Ärzten, Lehrern, Eltern und Massenmedien, aufklärende Broschüren über Fragen der Hygiene und der Erziehung wären notwendig. Die Schulärzte seien durch das Schulunterrichtsgesetz überlastet, nur das Notwendigste könne behandelt werden. Schulärzte sollten aber auch die Eltern beraten. Entweder müßte die Zahl der Schulärzte verdoppelt oder es müßten schulärztliche Assistenten eingesetzt werden. Im Gegensatz dazu ziehe die Stadt Wien erfahrenes Personal schrittweise ab. Auch arbeitslose Lehrer könnten für Aufklärungsarbeit ausgebildet und eingesetzt werden.

Traindl bedauerte, daß im Budget für Aufklärungszwecke keine entsprechenden Mittel vorgesehen seien.

Die Frage, ob Wien eine Stadt mit sozialem Gewissen sei, beantwortete GR. Maria Szöllösi (SPÖ) an Hand einer Reihe von Zahlen. Gegenüber 1976 seien die Ausgaben für das Sozialamt von 600,4 Millionen Schilling auf 766,8 Millionen gestiegen, was eine Steigerung um 27,51 Prozent bedeute. Der stärkste Anstieg sei jedoch beim Heimhilfedienst zu verzeichnen: von 94,4 Millionen Schilling auf 146,3 Millionen, das sind um 65 Prozent mehr. Im Heimhilfedienst sind 1.100 Personen beschäftigt, die 783.988 Pflegestunden erbracht hätten - eine echte Hilfe für die ältere Generation, die dadurch in die Lage versetzt wird, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu verbleiben.

Die Ausgaben für verschiedene Aushilfen (für kinderreiche Familien, für alleinstehende Mütter etc.) wurden von 45 Millionen Schilling auf 69,8 Millionen erhöht - eine Steigerung um 55 Prozent.

Die Blindenbeihilfe wird ab 1. Jänner 1977 erhöht: für Vollblinde auf 2.390 S (plus 15 Prozent), für praktisch Blinde auf 1.550 S (plus 11 Prozent). Bei der Behindertenhilfe sei ein Anstieg um 78 Prozent zu verzeichnen, nämlich von 42,4 Millionen auf 75,7 Millionen.

Anfang 1977 wird das Pensionistenheim Atzgersdorf eröffnet, das über 340 Plätze und 98 Betten in der B-Station verfügt. Zur Zeit befinden sich Pensionistenheime für folgende Bezirke im Stadium der Planung: 4, 6, 9, 12, 13, 17, 18 und 21. Mit der Aktivierung der Heiminsassen befassen sich vier Animatoren, in allen Pensionistenheimen wurden Heimvertrauenspersonen installiert, um den Kontakt zwischen den Pensionären und der Heimleitung zu vertiefen.

Die Zahl der Pensionistenklubs hat sich gegenüber dem Vorjahr um fünf auf 150 vermehrt; die Schulung der Klubleiterinnen, mit der nun begonnen wurde, wird den Klubmitgliedern auf mehrfache Weise zugute kommen. (we)

StR. Lehner (ÖVP) kritisierte, daß ein Großteil der Pensionistenklubs in Lokalen der SPÖ untergebracht ist. Der Bericht über die Situation beim AKH, den die ÖVP im Stadtsenat verlangt hat, muß natürlich darüber hinaus auch dem Gemeinderat vorgelegt und diskutiert werden. Der Redner urgierte dann die Adaptierung des einstigen Unfallspitals Webergasse und des evangelischen Krankenhauses Purkersdorf zu Altersheimen. Es wäre auch zu überlegen, die freiwerdenden Räume im alten AKH für Pflegeheime zu verwenden. Kritik übte Lehner an den Budgetziffern für Adaptierungen in den Krankenhäusern. Sie reichen bei weitem nicht aus, wichtige Dinge müssen zurückgestellt werden. In der Rudolfstiftung konnte keine befriedigende Lösung bei der Einrichtung gefunden werden, die schwierige Situation hat bereits dazu geführt, daß in der Internen Notbetten auf dem Gang aufgestellt werden müssen. Eine Berufsgruppe, nämlich das Personal des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, wird meist nur am Rande erwähnt, obwohl sie Großartiges leistet. Die 13 Fahrzeuge sind pausenlos im Einsatz, 40.000 Ausfahrten wurden heuer bereits gemacht, mit zusätzlichen Schwierigkeiten nach dem Einsturz der Reichsbrücke. Man sollte an eine soziale Besserstellung, vielleicht in Form von Främien denken. Zur Personalsituation erklärte Lehner, daß bis 1980 mit einem Fehlbestand

von 5.000 diplomierten Pflegerinnen zu rechnen ist. In anderen Bundesländern ist hingegen der Bedarf gedeckt. Am Pflegeberuf interessierte junge Menschen würden daher nach Wien kommen, doch fehlen bei uns die Ausbildungsplätze. Es ist daher bedauerlich, daß im Budgetplan kein Geld für den Ausbau der Krankenpflegeschulen in Lainz und im Franz Josef-Spital enthalten ist. Gesundheitsminister Leodolter hat erst kürzlich die Landeshauptleute ersucht, für die Ausbildung von Interessenten Sorge zu tragen. (smo)

Die Ausgaben für die Krankenanstalten sind in den letzten beiden Jahren um 23 Prozent, für das gesamte Gesundheits- und Sozialwesen um 19 Prozent gestiegen, erklärte GR. Dr. Nowak (SPÖ). In diesen Zahlen schlägt die Tatsache durch, daß in immer mehr Krankenanstalten eine immer bessere Behandlung erfolgt.

Es stimmt, daß von den rund 11.000 Betten in den städtischen Krankenanstalten 1.680 vor allem wegen Personalmangel nicht belegt werden konnten. In den letzten Jahren wurden in Wien 400 neue Ausbildungsplätze für das Krankenpflegepersonal geschaffen. Durch die forcierte Personalwerbung konnten alle Plätze besetzt werden und so sind derzeit 1.464 Frauen und 50 Männer in Ausbildung.

Derzeit werden noch viele Arbeiten, die die praktischen oder die Fachärzte nicht leisten können, in den Spitälern durchgeführt. Es muß versucht werden, Voruntersuchungen und Nachbehandlungen in Ambulatorien durchzuführen. Eine ähnliche Entlastung des Spitals bringen die mobilen Schwestern. Gegenwärtig sind mobile Schwestern in drei Wiener Gemeindebezirken eingesetzt, 1977 kommt der 10. und der 23. Bezirk dazu.

Die kapitalistischen Marktgesetze versagen im Spitalsbereich: Weder kann der Patient die Nachfrage noch die Leistung bestimmen. Die Nachfrage regelt der Arzt, den Umfang der Leistung bestimmt das Krankenhaus.

Derzeit kommen in Wien auf einen praktischen Arzt 1.000 Einwohner, auf einen Facharzt 650. Hier wird eine zukunftsorientierte Planung einsetzen müssen, um diese Entwicklung zu korrigieren. Es wurden bereits einige Maßnahmen gesetzt: Verträge mit Ärzten in den Krankenanstalten werden nicht

verlängert, eine Beratungsstelle für junge Ärzte wurde eingerichtet, es gibt einen Ärztekredit für Ärzte, die sich in einem medizinisch unterversorgten Gebiet niederlassen wollen und Lehrpraxen wurden errichtet. (sei)

StR. Univ.Prof. Dr. Stacher widersprach der Behauptung, daß 70 Prozent der Patienten in internen Abteilungen eigentlich in Pflegeheime gehörten. Auch bei alten Menschen könnten Akuterkrankungen auftreten. Die Frage der Auslastung der Geräte sei eine Personalfrage, aber ebenso eine Frage der Bereitschaft der Patienten, auch am Wochenende oder in den Nachtstunden zur Behandlung zu kommen. Stacher unterstrich die Leistungen der Stadt Wien für die privaten Krankenanstalten, auf die keineswegs vergessen werde. Stacher stellte fest, daß er bei seinem Amtsantritt keine Vorarbeiten für die Normkostenrechnung vorgefunden habe. Durch die Verkehrsverhältnisse nach dem Einsturz der Reichsbrücke sei kein einziger Fall eingetreten, bei dem die medizinische Betreuung eines Unfallverletzten verzögert worden sei. Das Floridsdorfer Krankenhaus sei sofort entlastet worden.

Es sei alles daranzusetzen, mehr Schwestern zu bekommen. In den letzten drei Jahren wurden 461 neue Plätze in Schulen geschaffen, im Sozialmedizinischen Zentrum Ost entsteht eine neue Schule. Die Zahl der Plätze in Personalwohnheimen wurde und wird enorm erhöht.

Für die Lehrkanzel für Arbeitsmedizin sei im Budget vorgesorgt. Stacher begrüßte den Einsatz von Zivildienern. Sie werden wie normale Stationsgehilfen vier Wochen lang eingeschult. Die Schwerpunkte der Sozialarbeit gelten den alten, kranken und behinderten Menschen.

Stacher betonte die Wichtigkeit der Gesundheitserziehung und der Zusammenarbeit mit den Medien und mit Privatorganisationen auf diesem Gebiet.

Während das Budget der Stadt Wien seit 1974 um 51 Prozent gestiegen sei, sei das Budget für Soziales und Gesundheit um 58 Prozent, für das Sozialwesen sogar um 75 Prozent gestiegen. Die Stadt Wien rücke die Gesundheitspolitik in den Vordergrund, mit dem Budget 1977 werde ein planvoller Weg beschritten. (ger)

Die Frage, woher die Ziffer stamme, daß sich bis zu 70 Prozent Pflegefälle in internen Abteilungen von Wiener Spitälern befinden, beantwortete Stadtrat Lehner (ÖVP) dahingehend, daß besonders im Krankenhaus Rudolfstiftung eine derartige Häufung festgestellt worden sei.

In nichtstädtischen Spitälern seien wohl OP-Einheiten mit Hilfe der Stadtverwaltung geschaffen worden, leider werde jedoch nicht zur Erhaltung der privaten Krankenhäuser beigetragen.

Die Feststellung der Normkosten sei 1970 von der ÖVP-Fraktion im Parlament verlangt worden.

Hinsichtlich der Ausbildung des Krankenpflegepersonals gab Stadtrat Lehner zu bedenken, daß 1980 - bei Fortgang der bestehenden Entwicklung - ein Unterstand von 5.000 diplomierten Pflegekräften vorhanden sein werde.

Die Seniorenwochen dieses Jahres hätten gezeigt, daß die älteren Menschen sehr wohl bestimmte Vorstellungen von der Gestaltung ihrer Betreuung haben. Um auf diesem Gebiet konstruktiv arbeiten zu können, sei es notwendig, die Meinung der älteren Bürger anzuhören. (we)

Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher meldete sich nochmals zu Wort und erklärte, daß ihm keine Zahlen bekannt sind, wonach 70 Prozent von Pflegefällen in Akutkrankenhäusern untergebracht sind. Zur Frage der Pflegebetten sagte er, daß im Zielplan für 1985 nicht von 8.000 fehlenden Pflegebetten gesprochen wird, wie GR. Krenn behauptet hat, sondern von 6.200. Man muß den Zielplan richtig interpretieren. Es heißt dort Pflegebetten und Altenwohnheimplätze. Auf diesem Gebiet wird mit den Pensionistenheimen einiges aufgeholt. Zum Sozialmedizinischen Zentrum Ost: Er wünschte sich mehr solcher "Skandalvorhaben", finanziell ist der Bau gesichert, dem Beginn steht nichts im Weg. Abschließend sagte Stacher, er sei überzeugt, daß eine optimale Lösung der Probleme im Gesundheitswesen nur durch die Zusammenarbeit aller zu erreichen sein werde. Und diese Ansicht haben erfreulicherweise auch die anderen Redner zum Ausdruck gebracht.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr, mit den Kapiteln "Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz", "Bauten" und "Wohnen" fortgesetzt. (smo)

(Ende des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

buergermeister von ankara in wien

14 wien, 14.12. (rk) der buergermeister der tuerkischen hauptstadt ankara, vedat d a l o k e y , ist zu einem offiziellen besuch in wien eingetroffen. buergermeister dalokey ist architekt - ein schueler des oesterreichers prof. clemens h o l z m e i s t e r . in wien interessiert er sich vor allem fuer den u-bahn-bau, die stadtplanung, die altstadterhaltung und die zentralen versorgungseinrichtungen, vor allem den grossmarkt in inzersdorf und das fleischzentrum st. marx.

im rathaus empfing dienstag buergermeister leopold g r a t z den tuerkischen gast, der sich in das goldene buch der stadt wien eintrug. (sti)

1227

k o m m u n a l :

=====

gaswerke bekommen neue telefonnummer

17 wien, 14.12. (rk) ab montag, den 20. dezember, haben die wiener gaswerke eine neue telefonnummer: 43 09/durchwahl. wer die klappennummer nicht kennt, waehlt mit 0 die vermittlung.

nur der gebrechensdienst (gasgeruch, stoerungen) bleibt ausserdem auch unter der alten nummer 42 16 16 erreichbar.

der gebrechensdienst der gaswerke ist ab 20. dezember daher unter folgenden nummern erreichbar:

1) 43 09, durchwahl 517, 518 oder 519 (oder mit 0 die vermittlung),

2) 42 16 16 , durchwahl 517, 518 oder 519. ist die durchwahlklappe nicht bekannt, genuegt 42 16 16 oder mit 0 die vermittlung.

die nebenstellennummern im gaswerk bleiben mit einer ausnahme unveraendert: alle derzeit mit 1 beginnenden klappen beginnen in zukunft mit 5. (ger)

1353

L o k a l :

=====

u-bahn-ring vor dem technischen museum

30 wien, 14.12. (rk) das ''wahrzeichen vom resselpark'', der u-bahn-ring (tuebbing), ein aus gusseisen gefertigtes 1 : 1-modell, das also der normalgroesse unserer u-bahn-tunnels entspricht, wird von der stadt wien dem technischen museum zum geschenk gemacht. der tuebbing, der bisher als schauobjekt im resselpark zu besichtigen war, war in der vergangenen nacht zum technischen museum transportiert worden, wo er heute, dienstag, vor dem linken fluegel des museums in der staedtischen gruenanlage aufgestellt wurde. der u-bahn-ring wird morgen, mittwoch, 11 uhr, vor dem museum in die obhut des direktors des technischen museums, dipl.-ing. n i e d e r- h u e m e r , uebergeben. das museum wird uebrigens noch weitere geschenke erhalten, zum beispiel ein modell eines u-bahn-zugs, ein schild-modell (''maulwurf'') u.a. (am)

1632